

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 49. 30. Jahrg.

7. Dezember 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHERN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 36-38^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Entlohnung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit. Rundschau. Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit. Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Ein Zirkular der Unternehmerverbände zum Hilfsdienstgesetz. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Berlin I und III. — **Die photomech. Fächer:** Unsere Chemigraphen-Konferenz. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch: Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftskampf. — **Eingegangene Gelder.** — **Anzeigen.**

Entlohnung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit.

Etwas auffällig ist es schon, wie sich das Schutzverbandsorgan seit einiger Zeit eifrig bemüht, den Nachweis zu führen, daß ein Tarifvertrag für das Steindruckgewerbe undurchführbar wäre. Vor einiger Zeit mußten wir sogar eine recht grobe Irreführung feststellen, die sich dieses Blatt aus seiner Abneigung gegen Tarife zu schulden kommen ließ. Ein kleiner örtlicher Buchdruckunternehmer-Kegelklub, mit insgesamt 70 Mitgliedern, wuchs sich da wie eine Seifenblase in der Phantasie des Schreibers zu einer das ganze Reich umfassenden Unternehmerorganisation aus.

Neuerdings beehrt uns das Steindruckgewerbe mit einer akademischen Auseinandersetzung über das Thema: *Was eine Tarifgemeinschaft ist.* Es sieht nun allerdings auch seltsam genug aus, was uns da vorgemalt wird. Aber einen Erfolg hat unsere Abhandlung über die Schutzverbandsgeneralversammlung doch gehabt. Das Steindruckgewerbe hat jetzt endlich zu begreifen angefangen, worauf es den Gewerkschaften in erster Linie ankommt:

»Eins möchten wir für Tariffreunde hervorheben. Klipp und klar wird in den Ausführungen der »Graphische Presse« erklärt, einheitliche Löhne, wie sie etwa durch einen Tarifvertrag festgesetzt zu werden pflegen, existieren für die Gewerkschaften nur in dem Sinne, daß sie ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit in allen Fällen zu zahlen sind, also auch in den Fällen, in denen der betreffende Gehilfe den Lohn überhaupt nicht verdient.«

Also es gibt in unserem Beruf Gehilfen, die trotz einer vierjährigen Lehrzeit den Minimallohn nicht verdienen? Wir quittieren dankend diese Unterstützung unserer jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit, über die Mangelhaftigkeit der Lehrlingsausbildung in unserem Gewerbe. Aber wäre das nicht schon ein ausreichender Grund, durch feste Vereinbarungen mit den Gehilfen solche offenbare Mißstände im Gewerbe zu beseitigen? Wir hätten dazu jederzeit gern die Hand geboten, und sind auch heute noch dazu bereit.

Zugegeben also, es gibt Gehilfen, deren Leistungsfähigkeit infolge einer mangelhaften Lehre, den berechtigten Anforderungen des Berufes nicht entspricht. Wer hätte wohl ein Interesse daran, die ärmsten im Beruf festzuhalten? Die Gehilfen kaum; aber auch nicht die Unternehmer, die Qualitätsarbeit anfertigen.

Man wird uns einwenden wollen, es gibt auch trotz der gewissenhaftesten Lehre Menschen,

die die für den Beruf notwendige Technik einfach nicht begreifen. Das erkennen wir gern an, das heißt aber nur für diesen Beruf nicht begreifen; um so leichter mag es ihnen dagegen in einem anderen Gewerbe fallen. Darum muß ein gewissenhafter Lehrmeister eben dafür sorgen, daß so ein bedauernswerter Mensch so bald als möglich auf seine mangelnde Veranlagung für den Beruf aufmerksam gemacht wird. Ist es nicht ein Verbrechen, eine solche ungeeignete oder schwache Kraft überhaupt erst vier Jahre durch den Beruf zu schleppen? Es gehört doch, so weit uns erinnerlich ist, zu den Aufgaben des Schutzverbandes, rückständige Verhältnisse im Gewerbe nicht zu schützen? — Hier wäre einmal eine günstige Gelegenheit zur Betätigung vorhanden. Eine aufmerksame Lektüre der »Unternehmerpresse« liefert den Beweis, daß die Erkenntnis über die Unhaltbarkeit der Zustände im heutigen Lehrlingswesen von weiten Kreisen der deutschen Unternehmerschaft eingesehen wird. Wir haben in letzter Zeit eine ganze Reihe solcher Äußerungen veröffentlicht können. Allerdings, in den leitenden Kreisen des Schutzverbandes weiß man anscheinend davon nichts.

So bleibt es dabei, was dem Steindruckgewerbe ganz was neues zu sein scheint, daß einheitliche Löhne, das heißt Mindestlöhne, ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit in allen Fällen zu zahlen sind. Für Tariffreunde brauchte das wirklich nicht hervorgehoben zu werden. Oder meint das Steindruckgewerbe, daß z. B. Herr Fettback, das nicht wüßte, der im Jahre 1905, auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Steindruckereibesitzer in Nürnberg, das Wesen der Tarifgemeinschaft auseinandergesetzt hat? Wir empfehlen dem Artikeldreher dringend, diese Verhandlungen nachzulesen. Damals forderte Herr Fettback unter anderem: »Die einheitliche Grundlage für gleichartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Betrieben.« — Zur besonderen Beachtung empfehlen wir auch noch folgenden, kurz dahinter stehenden Satz:

Die genannte gewerkschaftliche Bewegung und Organisation aller Arbeiter Deutschlands bedeutet zweifellos einen ungeheuren Kulturfortschritt. Denn die Erringung besserer Daseinsbedingungen der Arbeiterschaft in ordnungsmäßig gegen das Unternehmertum geführtem Kampfe — das heißt also nicht durch Streiks, sondern in parlamentarisch geführten Verhandlungen von Macht zu Macht — ist vom sozialen und sittlichen Standpunkte nicht nur zu billigen, sondern zu unterstützen. Dadurch wird die geistige und ökonomische Hebung unseres deutschen Volkes ganz erheblich gefördert. Amerika weist uns den Weg; dort steht eine höchste Lohnzahlung an die Arbeiter der besten Arbeitsleistung und der wachsenden Wohlhabenheit der Unternehmer gegenüber.«

Doch das war eben 1905. Heute könnte Herr Fettback solche Sätze höchstens für die »Graphische Presse« schreiben.

Es ist in der Tat die wichtigste Grundlage für tarifliche Vereinbarungen, daß durch Vertrag ein Versinken der Gehilfenschaft ins Elend verhindert wird. Die Leistungsfähigkeit der Gehilfen wird am besten dadurch bekämpft, daß erstens eine gründliche Lehrlingsausbildung allen Unternehmern zur Pflicht gemacht wird, und zweitens durch Aufstellung eines ausreichenden Minimallohnes Schmutzkonkurrenten die Ausbeutung schwächer Arbeitskräfte verhindert wird.

Das ist alles so einleuchtend, so selbstverständlich, daß es jeder begreifen müßte. Die Mindestleistung, die das Steindruckgewerbe als Gegenforderung für den Mindestlohn verlangt, besteht ja in Wirklichkeit überall. Kein Unternehmer wird einen Gehilfen beschäftigen, der nicht das leistet, was er nach dem im Gewerbe üblichen Arbeitsquantum für seinen Lohn leisten muß; mit Ausnahme der Zeiten, wo offensichtliche Gehilfenknappheit zu verzeichnen ist. Aber da ist es mit wie ohne Tarif. Oder haben unsere Steindruckunternehmer etwa damals, als die Autodrom-Postkarte rasend bergab ging, die zahllosen Arbeitskräfte, die nichts weiter gelernt hatten als diesen Kitsch, weiter beschäftigt? Wir wollen das Elend der damaligen Zeit nicht wieder aufrollen, das durch eine geradezu gewissenlose Lehrlingszucht heraufbeschworen wurde.

Wir vertreten seit 1903 unausgesetzt den Grundsatz, durch tarifliche Vereinbarungen in unserem Gewerbe den Frieden herbei zu führen, trotz der jetzigen Zeit, in der ein Tarif für die Gehilfen durchaus hemmend ist. Das zeigt uns ein Vergleich der Löhne, die heute zumeist im Steindruck, und der, die heute in der Chemigraphie gezahlt werden. Einst standen die Chemigraphen mit ihren Löhnen in unserem Verbandsverbande obenan. Heute tauscht im allgemeinen wohl kein Steindruckler mit ihnen. Darum ist es auch falsch, wenn in dem Artikel des Steindruckgewerbes erstaut auf die nun schon viermalige Teuerungszulage im Buchdruck hingewiesen wird. Im Steindruck haben die Kollegen, die nicht nur technisch etwas leisten, sondern auch sonst das Herz nicht in der Hose tragen, sicher schon viermal vier Teuerungszulagen für sich heraus geschlagen; auch technisch schwächere Kräfte.

Die Gehilfenorganisation hat gar kein Interesse, sie davon zurückzuhalten. Wohl aber hat sie ein sehr lebhaftes Interesse daran, wenn ein Tarifvertrag besteht, diesen aufrecht zu erhalten und ihre Mitglieder zur Beachtung der tariflichen Bestimmungen anzuhalten.

Wir mögen uns den Kopf zerbrechen, wir finden nirgends bei dem jetzigen unregelmäßigen Zustand irgend einen Vorteil der Unternehmer. Und wieder fallen wir auf den neuen Programmsatz des Schutzverbandes: »Die individuelle Leistungsfähigkeit spielt im Steindruckgewerbe eine entscheidende Rolle.«

Wir nannten den Satz letzthin eine Phrase. Das war ungerecht. Nach dem wir feststellen mußten, daß mit der individuellen Leistungs-

fähigkeit nicht die technische oder die berufliche Leistungsfähigkeit gemeint sei, sondern die Charakterstärke und Willensstärke und vielleicht auch die geistige Veranlagung der Gehilfen gemeint ist, wurde uns der tiefe Sinn jenes Satzes blitzartig klar.

Danach wird in der Tat in den Schutzverbandsbetrieben in der Praxis der Gehilfe gewertet. Wer bescheiden, ängstlich, in seinem Verhalten also mehr Hosenfropf als selbstbewußter Mensch ist, der mag in seinem Beruf noch so tüchtiges leisten, er wird unter seinem, ihm normalerweise zustehenden Lohn bezahlt. Darum also sehen wir zu unserem Erstaunen heute noch in diesen Betrieben Gehilfen, die mit ihren Friedenslohn tätig sind, als gäbe es keine Teuerung, kein Kriegswunder und Warenwucher.

Ausnutzung der Charakterschwäche, der Mutlosigkeit der Gehilfen, das ist die Entlohnung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit!

Ein Tarifvertrag, wie ihn der Schutzverband eingehen würde, würde demnach als obersten Grundsatz eine Bestimmung haben, die den *Maximallohn*, also den Lohn festsetzen würde, über den nicht hinausgezahlt werden dürfte. Einen solchen Tarifvertrag würden allerdings nur Schwachsinnige abschließen, und die — nun, die brauchen keinen Tarifvertrag, die sitzen auch ohne dem mit 30 Mk. Lohn die Woche, trotz ungeheuerlichster Teuerung.

Rundschau.

Lohn- und Teuerungszulagen: Berlin: Die Anfang November in den Berliner Schutzverbandsbetrieben eingeleitete Lohnbewegung hatte bis zum 1. Dezember folgendes Ergebnis: 72 Steindruck- und 29 Lithographen erhielten bisher Zulage; und zwar, Steindruck: 5 á 2,00 Mk., 11 á 2,50 Mk., 1 á 3,00 Mk., 1 á 3,50 Mk., 8 á 4,00 Mk., 1 á 4,50 Mk., 31 á 5,00 Mk., 1 á 5,25 Mk., 3 á 6,00 Mk., 1 á 6,50 Mk., 1 á 6,75 Mk., 1 á 7,00 Mk., 1 á 7,50 Mk., 6 á 8,00 Mk. — Lithographen: 9 á 2,00 Mk., 6 á 2,31 Mk., 1 á 2,50 Mk., 3 á 3,00 Mk., 8 á 5,00 Mk., 1 á 7,31 Mk., 1 á 10,00 Mk. Das ist natürlich nur ein Teilergebnis. Weitere Verhandlungen stehen noch in Aussicht. — Die Reichsdruckerei bewilligte außerdem an 30 Kollegen je 9,00 Mk. pro Woche weitere Zulage. Die Kollegen erhalten nunmehr pro Woche 24,00 Mk. Teuerungszulage. — Von Hannover ist wieder ein schöner Erfolg ge-meinsamen Vorgehens zu berichten. Nachdem bereits im Juni d. Js., wenn auch nicht der Teuerung entsprechende Lohnzulagen bewilligt wurden, siehe den Bericht in Nr. 38 der »Graphischen Presse«, haben die von den Kollegen jetzt wieder aufgestellten Forderungen nach mehrmaligen Verhandlungen folgendes Resultat zeitig: Die verheirateten Kollegen bekommen vom 1. Dezember ab je 8,50 Mk., jeder unverheiratete Kollege 7 Mk. erneute Teuerungszulage pro Woche. Außerdem wurde noch der Zuschlag für Überstunden um 75 Proz. erhöht. — Aus Schlesien sind von folgenden Mitgliedschaften bewilligte Teuerungszulagen mitzuteilen: In *Altwasser* zahlt die Firma *Wunderlich A.-G.* unseren Kollegen eine erneute Teuerungszulage von 10 Proz. pro Woche. In *Glogau* gewährte die Firma *Flemming A.-G.* unseren Kollegen eine Lohnzulage von 10 Proz. zu der bisherigen Teuerungszulage von 7,5 Proz. In *Hirschberg* ist in der Firma *Bote aus dem Riesengebirge* der Kriegszuschlag von 15 Proz. auf 25 Proz. erhöht worden. In *Lauban* bewilligte die Firma *Goldammer* nach stattgefundener Unterhandlung unseren Kollegen eine weitere Teuerungszulage von 13 1/2 Proz. zu der bereits bestehenden Zulage von je 10 Proz. — In *Luxemburg* bewilligte die Firma *Dr. M. Huss, Licht- und Steindruckerei*, ihrem Personal seit Juli d. Js. eine Teuerungszulage von 24 Mk. pro Monat und für jedes Kind 2 Mk. Außerdem bewilligte die Firma vom 15. November ab eine Lohnzulage von 5 Mk. pro Woche. Von unseren Kollegen kommen drei in Betracht und zwar ein Lichtdrucker, ein Photograph und ein Steindruck.

Zwei neue sozialpolitische Vorlagen. Reichskanzler Graf Hertling kündigte in seiner Reichstagsrede am 29. November die Einbringung einer Vorlage über die Errichtung von Arbeitskammern und ferner die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung an. Er verspricht, daß die Sozialpolitik fortgeführt und nach Bedarf ausgebaut wird.

Lebensmittelpreise. In den monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise sagt Rich. Calwer: Die auf Grund der Höchstpreise im Durchschnitt von 200 Plätzen berechneten wöchentlichen Kosten der dreifachen Friedensration des deutschen Marine-soldaten zeigen in den letzten Monaten eine Senkung. Sie waren im Juli des laufenden Jahres mit 55,26 Mk. am höchsten, sind dann im August auf 54,67 Mk. und weiter im September auf 54,37 Mk. zurückgegangen. Wir brauchen wohl nicht mehr zu betonen,

daß diese Senkung der Preise für den Ernährungsaufwand der Haushaltungen kaum ins Gewicht fällt. Es kann nicht geleugnet werden, daß die aus der öffentlichen Bewirtschaftung stammenden Rationen für die Sättigung und Ernährung lange nicht hinreichen. Es muß also versucht werden, sich noch andere Nahrungsmittel zu verschaffen, deren Preis so hoch ist, daß eine Senkung für einige Nahrungsmittel, die in bescheidenen Rationen verteilt werden, gar nicht ins Gewicht fallen kann. Unser Eindruck ist daher der, daß die Kosten der Ernährung auch in der letzten Zeit recht ansehnlich weiter gestiegen sind.

Beitrags erhöhungen. In einer großen Anzahl von Gewerkschaften sind gegenwärtig Beitrags erhöhungen im Gange, welche die Einnahmen und Leistungen der Gewerkschaften mit der Veränderung des Geldwerts in Einklang bringen sollen. Im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde ein Beitragszuschlag von 10 Pf. ab 1. Oktober eingeführt, so daß nunmehr die Beiträge ohne Lokalzuschlag zwischen 50 und 80 Pf. in der Woche betragen. — Im Holzarbeiterverband wird noch in diesem Monat Urabstimmung über die neue Festsetzung der Beiträge und Unterstützungen stattfinden. Die Lokalbeiträge und örtlichen Unterstützungen sollen in Wegfall kommen und dafür 6 Beitragsklassen von 0,40, 0,60, 0,80, 1,00, 1,20 und 1,50 Mk. eingeführt werden. Die Staffellung ist nicht vom Lohnemkommen abhängig, sondern für jede Verwaltungsstelle einheitlich, abgesehen von Frauen und Jugendlichen, für welche die beiden untersten Beitragsklassen gelten. Die Unterstützungssummen sind entsprechend heraufgesetzt. — Im Buchbinderverband ist Urabstimmung am 8. Dezember. Die Wochenbeiträge in den einzelnen Klassen sollen 30, 40, 50, 70 und 110 Pfennig betragen. In gleicher Weise sind die Unterstützungen neu abgestuft. — Im Lederarbeiterverband soll durch Urabstimmung bis zum 1. Dezember entschieden werden, ab vom 1. Januar an der Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pf., für weibliche Mitglieder um 5 Pf. ohne Veränderung der Unterstützungssätze erhöht werden soll. — Die leitenden Instanzen des Kupferschmiedeverbandes haben eine Urabstimmung beschlossen, die bis zum 10. Dezember erledigt sein soll; ihr Gegenstand ist eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 65 auf 80 Pf. unter gleichzeitiger entsprechender Herabsetzung des Extrabeitrages und Neuregelung der Unterstützungszweige. Zusaufserordentlichen Verbandstag der Fabrikarbeiter in Hannover, der im Dezember stattfindet, veröffentlicht der Verbandsvorstand seine Anträge. Sie führen statt des Einheitsbeitrages Staffelleitungen in sechs Klassen ein zwischen 30 und 80 Pf. in der Woche. Die beiden untersten Klassen sind nur für weibliche und jugendliche Mitglieder zugelassen; im übrigen bestimmt die Zahlstelle die Beitragsklassen, die für sie Geltung haben sollen, mit Zustimmung des Verbandsvorstandes. Die Beitragserhöhung soll dazu dienen, die Unterstützungen entsprechend heraufzusetzen.

Die Unterstützungssätze für Kriegerfamilien werden ab 1. November erhöht, leider aber nicht in dem Maße, wie es der Reichstag beschlossen hatte. Nach der Bundesratsverordnung vom 2. November sind die Lieferungsverbände verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1917 an zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von fünf Mark für jeden Unterstützten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Mindestbeträge. Der Reichstag hatte eine Erhöhung der Sätze für Ehefrauen von 20 auf 30 Mk. und für sonstige Angehörige von 10 auf 15 Mk. verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion forderte außerdem einen Gemeindefußschuß von mindestens 50 Proz., welche Forderung jedoch leider abgelehnt wurde. Der Bundesrat hat nun die Forderung einer allgemeinen Erhöhung abgelehnt und die Aufbesserungen in das Belieben der Gemeinden (Lieferungsverbände) gestellt. Erleichtert werden soll den Gemeinden der Entschluß dadurch, daß ihnen die Mehraufwendungen bis zur Höhe von 5 Mk. für jeden Unterstützten vom Reich rückvergütet werden. Es ist daher von jeder Gemeinde zu verlangen, daß sie ihren Zuschuß für jeden unterstützungsberechtigten Angehörigen mindestens um 5 Mk. erhöht. Dies wird aber in vielen Fällen nicht genügen; die Gemeinden müssen auch aus eigenen Mitteln etwas dazu tun, daß den Frauen und Kindern unserer Feldgrauen das Notwendige zum Lebensunterhalt gesichert wird.

Ein tüchtiger Rechtsanwalt. Der Berliner Rechtsanwalt Isidor Faß, der bald nach Kriegsbeginn eine der größten Fleischkonservenfabriken ins Leben rief, für die er merkwürdigerweise Riesenheereslieferungen erhielt, obwohl ihm alle fachmännischen Kenntnisse fehlten, begnügte sich mit den Millionengewinnen seiner Fabrik nicht, sondern er hielt es auch für standesgemäß, entgegen den ihm von der Intendantur auferlegten Bedingungen bestimmte Fleischsorten nicht zu

90 Pfg. das Pfund den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen. Herr Faß sah es vielmehr als einträglicher an, dieses Fleisch zu 2,20 bis 2,40 Mk. an andere Unternehmer zu verschleiben, und wurde nunmehr dafür in eine Geldstrafe von 30 000 Mk. genommen. Er wird diese Gewinnkürzung leicht verschmerzen, so daß der Strafzweck kaum erreicht werden dürfte. Deshalb ist es bedauerlich, daß noch immer keine Möglichkeit besteht, das Strafmaß der Vermögenslage wohlhabender Sünder anzupassen.

Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit.

Unter Teilnahme der Vorsitzenden und der Ortsverwaltungen der Zentralverbände der Asphaltreue, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Sattler, Steinsetzer, Tabakarbeiter und Schneider Leipzigs sowie drei Mitgliedern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Ausschusses des Gewerkschaftskartells in Leipzig fand am Sonntag, den 25., und Montag, den 26. d. M., eine Aussprache über die Gründe des Austritts der vorgenannten Gewerkschaften aus dem Gewerkschaftskartell mit dem Ziel einer Einigung statt.

Von den ausgetretenen Gewerkschaften wurde folgende Entschließung vorgelegt, deren erster Teil lautet:

Die dem freien Gewerkschaftskartell zu Leipzig angeschlossenen Organisationen erklären, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie bisher von dem alten Kartell und besonders von den beiden Sekretären Lütlich und Mylau, ausgenommen ihre Tätigkeit in Rechtsschutzsachen, im Namen der Leipziger Arbeiterschaft geübt worden ist, als nicht im Interesse der Arbeiter liegend betrachtet. Ebenso verwerfen sie die von der Generalkommission betriebene Politik.

Gegen diesen Teil gaben die Vertreter der Zentralverbände und der Generalkommission sowie der Kartellausschuß folgende Erklärung ab:

Wir halten den ersten Teil der Erklärung für nicht gerechtfertigt. Die in der Beratung für den Austritt aus dem Kartell angeführten Gründe bieten keine Veranlassung zu einem solchen Urteil, sondern es gilt als erwiesen, daß das Kartell und die Arbeitersekretäre ihre Pflicht erfüllt haben.

Die Verhandlungen führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

Die ausgetretenen Gewerkschaften treten nach den allgemeinen Neuwahlen, die im Januar stattfinden, dem alten Kartell wieder bei. Nach dem Wiedereintritt legen die Kommissionen des Kartells, die im öffentlichen Interesse wirken, ihre Ämter nieder. Das Kartell entscheidet über die Besetzungen dieser Kommissionen. Die Vertretung des Gewerkschaftskartells hat durch den Kartellausschuß oder durch besonders gewählte Vertreter zu erfolgen. Die von dem Kartell zu solchen Kommissionen usw. delegierten haben selbstverständlich die Meinung der Mehrheit des Gewerkschaftskartells zu vertreten. Die durch Behörden zu berufenden Vertreter des Gewerkschaftskartells haben vor Annahme dieser Berufung die Zustimmung des Kartells einzuholen. Dem Kartell bleibt es vorbehalten, an Stelle dieser berufenen Personen andere Vertreter des Kartells zur Berufung vorzuschlagen. Soweit solche Berufungen durch die Behörden bereits erfolgt sind, hat das Kartell nach der Wiedervereinigung nachzuprüfen, ob diese Vertretungen aufrecht zu erhalten, eventuell durch andere Vertreter des Kartells zu besetzen sind.

Diese Vereinbarung wurde einstimmig beschlossen. Alle Teilnehmer an den Einigungsverhandlungen waren sich voll bewußt, daß es mehr wie je notwendig ist, die Einigkeit der Gewerkschaften hochzuhalten und jede Schwächung gegenüber dem besonders in der Kriegszeit außerordentlich verstärkten Unternehmertum zu vermeiden.

Da während der Verhandlungen die Politik der Generalkommission während der Kriegszeit mehrfach erwähnt wurde, jedoch eine ausgiebige Aussprache darüber nicht stattfinden konnte, soll dieses Thema in einer besonderen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute unter Teilnahme von Vertretern der Generalkommission erörtert werden.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Vom 22. bis 24. November hat wieder eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände in Berlin getagt. Außer zahlreichen geschäftlichen Fragen stand der Entwurf des Arbeitskammerngesetzes zur Beratung, dem zugestimmt wurde. Ebenso wurde gegen 6 Stimmen die Teilnahme der Gewerkschaften am Volksbund für Freiheit und Vaterland gebilligt. Im Mittelpunkt der Konferenz stand indessen der Entwurf eines sozialpolitischen Arbeiterprogramms, das umfassend die sozialpolitischen Gewerkschaftsforderungen darstellt. Sie sind in 18 Gruppen vereinigt: Sozialpolitische Organisation (Verwaltung), Arbeitervertretung, Organisationsrecht, Tarifvertragsrecht, Einigungswesen, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiter-

versicherung, Rechtsprechung, Arbeitsvermittlung, Genossenschaftswesen, Staatsbetriebe, Wirtschaftspolitik, internationale Sozialpolitik, Volksernährung, Wohnungsfürsorge, Volkshygiene und Volkserziehung. Die Forderungen sind eingehend begründet und als Denkschrift für Deutschlands Neugestaltung zusammengestellt. Diese von Unbrecht verfaßte Denkschrift soll den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet und als Werbschrift für die sozialpolitische Neuorientierung verbreitet werden. Die Vorstandskonferenz stimmte mit einigen Änderungen dem Entwurf zu.

Eine eingehende Aussprache erfolgte über die inzwischen beigelegten Differenzen im Leipziger Gewerkschaftskartell. Es wurde folgende Resolution angenommen: »Nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse sollen die Zweigvereine der gewerkschaftlichen Zentralverbände sich zu einem Kartell vereinigen. Die Gründung eines zweiten Kartells ist unzulässig und bedroht die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung, die zur Erfüllung der örtlichen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung unbedingt notwendig ist.— Die Beitragsleistung aus Verbandsmitteln an ein Kartell, das im Gegensatz zu dem bestehenden Kartell begründet wird, erachtet die Konferenz als im Widerspruch stehend mit den Verbandsstatuten und den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage.«

Nur gegen den letzten Satz stimmte ein Vertreter, sonst war der Beschluß einstimmig. — Weiter wurden noch Übertrittsfragen, ungeteilte Arbeitszeit und Reichsarbeitslosenversicherung erörtert.

Ein Zirkular der Unternehmerverbände zum Hilfsdienstgesetz.

Ein vertrauliches Rundschreiben eines Unternehmerverbandes, welcher der Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände angehört, ist der Generalkommission auf den Schreibtisch geflohen und wird soeben im »Correspondenzblatt« veröffentlicht. Es enthält einen Bericht über die vielen Klagen, welche auf der Geschäftsführerkonferenz der Arbeitgeber-Verbände in Nürnberg über das Hilfsdienstgesetz vorgebracht worden sind. Die Wut der Unternehmer richtet sich in erster Reihe gegen § 9, Abs. III des Gesetzes, der bestimmt, daß der Abkehrschein zu erteilen ist, wenn der Arbeiter in der neuen Stellung sein Einkommen wesentlich zu verbessern vermag. Durch Eingabe vom 23. März 1917 haben die Unternehmerverbände das Kriegsamt ersucht, diese Bestimmung dahin abzuändern, daß der Abkehrschein nur dann zugesprochen werden dürfe, wenn die bisherige Entlohnung nach den örtlichen Verhältnissen nicht angemessen war. Das neue Geheimzirkular teilt über die Aufnahme dieser reaktionären Anregung mit:

»Das Kriegsamt hat den Schlichtungsausschüssen von dem Vorschlag betreffend Angemessenheit der ortsüblichen Löhne Kenntnis gegeben, diese aber erblickten darin einen Eingriff in ihre Zuständigkeit. Danach hat das Kriegsamt es ihnen anheimgestellt, den Vorschlag zu berücksichtigen. Vorbildlich ist das Verhalten des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps, das entschieden hat, daß der Abkehrschein nur dann zu erteilen ist, wenn es sich bei einem Stellenwechsel für den Arbeiter darum handle, aus einem unangemessen niedrigen Stand der Löhne herauszukommen.«

Eine solche Verfügung würde mit Sinn und Inhalt des Hilfsdienstgesetzes in keiner Weise zu vereinbaren sein. Das geheime Rundschreiben verlangt weiter die Erhöhung der Wartezeit für den ohne Abkehrschein ausgetretenen Arbeiter von 14 Tagen auf 4 Wochen, die Geheimhaltung der Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse und eine Fülle von anderen Verschlechterungen des Hilfsdienstgesetzes. Ein besonders breiter Raum wird den Schmerzen über die Angestelltenorganisationen gewidmet, die sich immer mehr gewerkschaftlich entwickelten.

Die Unternehmer sind unermüdet an der Arbeit, die Rechtslage der Arbeiter zu verschlechtern und namentlich das Hilfsdienstgesetz zu verbässern, das ihnen in keiner Weise gefällt. Da müssen die Gewerkschaften geschlossen und auf dem Posten sein, soll nicht die Arbeiterschaft Schaden nehmen.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Berlin I und III. Am 17. November fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung statt, deren Besuch als ein sehr guter bezeichnet werden kann. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde in die Aussprache über den in der letzten Versammlung gehaltenen Vortrag: »Organisatorische Maßnahmen für die Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft« eingetreten.

Kollege Czsch schilderte den Inhalt der letzten drei gehaltenen Vorträge. Während Genosse Wissel

auf den ungeheuren Verlust der Volkskraft durch den Krieg hinwies und die Forderungen nach einem umfangreichen Ausbau der gesamten Sozialversicherung eingehend begründete, zeigte uns Genosse Kaliski die zu erwartenden Schwierigkeiten, die sich einer Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft nach menschlichen Ermessen entgegenstellen werden. Für die kommende Friedensproduktion müsse das Gemeinschaftsinteresse maßgebend sein, und der Staat habe die Pflicht, durch zu schaffende Organe regeln einzugreifen, wobei Vertretungen der Arbeiterschaft unerlässlich seien.

Der Vortrag des Kollegen Haß habe aus den Ausführungen von Kaliski die Konsequenzen für unser Gewerbe gezogen. Soweit die Hinzuziehung von Arbeitgebervertretern zur Beratung wirtschaftlicher Fragen der Übergangszeit in Betracht kommt, nahm Kollege Czsch Bezug auf die Eingabe der Generalkommission vom 30. Juli 1917 die entsprechende Forderungen enthält. Ferner seien die darin enthaltenen Forderungen bezüglich der künftigen Lebensmittelversorgung, der Arbeitsvermittlung und einer Arbeitslosenunterstützung von uns kräftig zu unterstützen.

Richtig sei ferner, daß wir die bisherigen Hemmnungen, die unserem Gewerbe durch Zollfragen bereit wurden, beseitigen müssen. Hier berühren sich Unternehmer- und Arbeiterinteressen in gleicher Richtung und gemeinsame Interessen sollten auch gemeinsam vertreten werden, weil dadurch der Druck verstärkt werden könne und ein Erfolg eher zu erwarten sei.

Auch mit der Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft für das Steindruckgewerbe sind wir einverstanden. Diese Idee sei vorläufig noch ein frommer Wunsch. Die Voraussetzung hierzu sei eine grundsätzliche Sinnesänderung im Schutzverband. Solange sich der Schutzverband im Sinne der Schwerindustrie betätige, sei auf eine Verwirklichung des Gedankens nicht zu hoffen.

Ähnlich liege es mit einer vernünftigen Tarif- und Gewerkepolitik. Das Gewerbe habe zu seinem Wiederaufbau und seiner ferneren Entwicklung Ruhe nötig. Die Vorbereitungen hierzu seien auf der Gehilfenseite vorhanden, fehlen aber, soweit Berlin in Betracht kommt, bei den Unternehmern fast gänzlich. Bei den Unternehmern fehlt es an einer umfassenden Organisation, und soweit der Schutzverband in Frage kommt, an Verständnis für diese Frage. Möglich, daß auch hier der Krieg sich noch nachträglich als ein guter Lehrmeister erweist. Es müsse die Frage erwogen werden ob jene Firmen, die auch Buchdruck haben und tariffrei sind, eventuell ein Stützpunkt in der Tariffrage sein könnten. Die Schaffung eines Tarifes für das deutsche Steindruckgewerbe ist eine Zukunftsaufgabe, die zu erfüllen unser ernstes Bestreben sein muß.

Ferner sei nötig dem technischen Fortschritt die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Leipzig ist in dieser Beziehung Berlin weit voraus und das werde in Zukunft für die Berliner Berufsangehörigen ein empfindlicher Nachteil sein. Nicht minder wichtig sei die Lohnfrage. Die Erstrebung und Erhaltung eines den Verhältnissen wirklich entsprechenden Lohnes müsse das Ziel aller Kollegen sein. Hierbei sei das engste Zusammenarbeiten der Kollegen mit der Verwaltung in allen Fällen dringend nötig. Eine Neuregelung des Mindestlohnes für Ausgelernte muß erstrebt werden. Ebenso muß auf die Beseitigung der Akkordarbeit, die besonders bei den Lithographen noch anzutreffen ist, hingearbeitet werden. Für die Lithographie ist Akkord das ungeeignetste Lohnsystem, da jede Arbeit verschieden ist und der Gehilfe das gesamte Risiko allein zu tragen hat. Die Kollegen sollten aus den gemachten Erfahrungen die Konsequenzen ziehen.

Wenn in Zukunft die Qualitätsarbeit für die Rückeroberung des Weltmarktes von großer Bedeutung ist, so muß auch die Lehrlingsausbildung eine viel bessere werden. Wir müssen die Eltern der Lehrlinge in einer besonderen Besprechung veranlassen, dieser Frage mehr Interesse entgegenzubringen.

Der Arbeitsvermittlung muß in Zukunft auch mehr Bedeutung beigemessen werden. Solange wir keine paritätische Arbeitsvermittlung haben, so haben wir die Verpflichtung strengstens zu erfüllen, nur den Verbandsarbeitsnachweis bei einem Stellenwechsel in Anspruch zu nehmen. Die Gehilfeninteressen verbieten uns einen reinen Unternehmerarbeitsnachweis zu benutzen, wo die Arbeitsvermittlung nur Nebenzweck ist.

Neben diesen allgemeinen Berufs- und Gewerbefragen traten an uns wichtige Fragen heran, die den inneren Ausbau des Verbandes betreffen, um ihn zu einer wirksamen Stütze der Kollegen auszugestalten. Der Krieg hinterläßt auch an unserer Organisation seine Spuren, die wir in einer besonderen Versammlung behandeln wollen.

Als erfreulich muß verzeichnet werden, daß sämtliche weiteren Diskussionsredner besonders hervorhoben, daß der Bruderzwist auf politischem Boden, der von allen bedauert wurde, nicht auf die Gewerkschaften übergreifen dürfe. Einer der Kollegen glaubte die Verwaltung warnen zu müssen, sich in ihrer künftigen Tätigkeit allzusehr auf Kompromisse einzulassen. Des weiteren muß besonders betont werden, daß sämtliche Redner dem Tarifgedanken freundlich gegenüberstanden, aber keiner

war der Ansicht, daß ein Tarif unter allen Umständen geschaffen werden müßte. Wir betonen nicht darum, halten ihn aber im Interesse des Gewerbes für erstrebenswert.

Nach Erledigung des Punktes Verschiedenes fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Wenn die Kollegen auch fernheim in der gleichen regen und sachlichen Weise sich zu allen Fragen äußern, dann werden wir manche Schwierigkeit meistern können.

Die photomech. Fächer.

Unsere Chemigraphen-Konferenz,

die am 25. und 26. November im Berliner Gewerkschaftshaus tagte, hat wieder einmal den Beweis erbracht, daß tiefgehende Differenzen, wenn sie überhaupt geschlichtet werden können, in einer mündlichen Aussprache am leichtesten ihre Erledigung finden. Diese Konferenz hat aber auch weiterhin den Beweis geliefert, daß in der Auffassung über das, was der Kollegenschaft des Chemigraphenberufs nützlich ist, allenthalb nur eine Meinung vorhanden ist. Das kam in der einstimmigen Annahme einer Entschließung recht erfreulich zum Ausdruck. Die Verhandlungen trugen, im Verhältnis zu einigen erregten Berichten in der »Graphischen Presse«, ein sachliches, fast leidenschaftsloses Gepräge. Immer klarer stellte es sich dabei heraus, das Unzulänglichkeiten, die der Krieg fast notwendigerweise mit sich bringen muß, der Mangel an Funktionen, die Überlastung der vorhandenen ehrenamtlich tätigen Kollegen, ein erhebliches Teil Schuld an den Mißverständnissen hatten. Zu all diesen Widerwärtigkeiten gesellte sich dann noch die unaufrichtigste steigende Teuerung, die ganz von selbst die vorhandene Gerechtigkeit und Unzufriedenheit im gefährlichen Maße steigern mußte. Wir glauben aber, daß so weit nach menschlichem Ermessen in der Kriegszeit überhaupt eine Besserung in dem gegenseitigen Verständnis der Kollegen erzielt werden kann, die Beschlüsse der Konferenz dazu beitragen werden.

An der Konferenz nahmen die Gehilfen-Tarifamtsvertreter, eine Vertretung der Mitglieder der Zentralkommission, des Hauptvorstandes, des Ausschusses, der »Graphischen Presse«, drei Vertreter aus Leipzig und je ein Vertreter aus den Mitgliedschaften: Braunschweig, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, München, Nürnberg und Stuttgart teil; insgesamt 23 Personen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtet Kollege Hehr über die letzte Tarifperiode. Er schilderte in eingehender Weise die Vorkommnisse der vier vorangegangenen Tarifjahre. Der Abschluß des heute gültigen Tarifes brachte uns sofort unter unseren Kollegen stürmische Proteste, besonders gegen die Minimallohnskala. Nach heute wirken manche der damaligen Erregungen nach, die durch den Krieg nicht beseitigt, sondern nur in ganz andere Bahnen gelenkt worden sind. Doch niemand könne leugnen, daß der Tarif und die tarifliche Gemeinschaftsarbeit in der ersten Kriegszeit für das Gewerbe, bei dem damaligen Zusammenbruch unseres ganzen Wirtschaftslebens von Segen gewesen sei. Solche Zeit kann uns aber möglicherweise nach Kriegsschluß noch einmal erblühen. Die augenblickliche günstige Lage des Arbeitsmarktes für Gehilfen darf uns nicht blind für die Erfordernisse des Gewerbes machen. Trotz aller Widerwärtigkeiten habe das Tarifamt versucht, über die Einzelinteressen das Gemeinschaftsinteresse und die Notwendigkeiten des ganzen Gewerbes zu betonen. Das kam auch in den Verhandlungen über die Teuerungszulagen zum Ausdruck. Aus den gleichen Sorgen um die Durchhaltung und Sicherung des Berufes erfolgte dann die Regelung der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte und vorher die Festlegung über die Lehrlingskala. Besonders bei Beurteilung der Teuerungszulagen dürfe man nicht vergessen, das unser Gewerbe kein Kriegsgewerbe sei. Man dürfe aber fernher nicht vergessen, daß die Aufgabe der Tarifamtsvertreter im Tarifamt andere seien, als die der reinen Organisationsvertreter. Diese dürften sich schroffer für die Interessen der Kollegen einsetzen, während jene vermittelnder, mehr das einigende, gewerbefördernde zu verfechten hätten.

Dann kamen in der fast anderthalbtägigen Debatte die aufgehäuften Gegensätze zum Ausdruck, die zum Teil in den Versammlungsberichten in der Presse ihren Ausdruck gefunden hatten. Aber es waren ausschließlich Beschwerden, die an dem Charakter unserer tariflichen Arbeit nicht rütteln wollten. Das beweist am klarsten die einstimmige Annahme folgender Entschließung:

»Die Chemigraphenkonferenz vom 25. bis 26. November 1917 erklärt nach einer Aussprache über die letzte Tarifperiode, daß sich die tariflichen Vereinbarungen auch während der Kriegszeit im allgemeinen bewährt und zur Erhaltung des Berufes beigetragen haben. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die Sicherung des Nachwuchses, wie auch die Anlernung und Beschaffung der Ersatzkräfte für die Kriegsteilnehmer, haben im Tarifamt verständnisvolle Berücksichtigung und Regelung ge-

finden. Dagegen kann die Konferenz die Regelung der Lohnverhältnisse, die durch die Kriegsteuerung notwendig wurde, als ausreichend nicht betrachten, weil diese die Erhaltung der Arbeitskraft nicht gewährleisten und in keinem Verhältnis zu der gesteigerten Arbeitsleistung der Gehilfen steht.

Um für die Zukunft ein erfolgreiches Wirken der Tariffunktionäre zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des Tarifes zu ermöglichen, verlangt die Konferenz ein gegenseitiges, verständiges Zusammenarbeiten mit den Organen des Verbandes. Nur im engsten Zusammenschluß der Kräfte können die Fragen gelöst werden, die uns die nächste Zeit aufgeben wird. Die Konferenz sieht in der Einigkeit und Geschlossenheit der ganzen Kollegenschaft im Verbands der Lithographen, Steindruckers und verwandten Berufe die einzigste Möglichkeit, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Sie fordert deshalb die Kollegen auf, an den gestellten Aufgaben rege mitzuarbeiten.

Mit der Zustimmung zu dieser Entschliebung fielen von selbst die Anträge, die von Berlin, Düsseldorf und Stuttgart zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellt waren. Nur gegen den Teil eines Satzes erhoben sich aus taktischen Erwägungen heraus bei einer besonderen Abstimmung die Stimmen von vier Zentralkommissionsmitgliedern.

Weniger ausführlich, weil von vornherein einmütig, vollzog sich die Aussprache über den 2. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Teuerungszulage. Kollege Gragen begründete mit der immer noch ins unabsehbare gehenden Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die Notwendigkeit einer abermaligen Erhöhung der Löhne. Wir werden auf die dort von dem Referenten und in der Aussprache vorgebrachten Beweismittel in einer besonderen Abhandlung zu sprechen kommen. Kollege Gragen faßte die zu dem Punkte gestellten Anträge aus den verschiedenen Mitgliedschaften zu einem neuen Antrage zusammen, der nun den Prinzipalen als die Forderung der Gehilfen unterbreitet werden soll. Er lautet:

Die Chemigraphenkonferenz beschließt folgenden Antrag um Teuerungszulage an das Tarifamt zu richten: »Die jetzt gewährte monatliche Teuerungszulage ist in eine wöchentliche umzuwandeln und eine neue Zulage von 6 Mk. pro Woche für jeden Gehilfen zu gewähren. Die Kinderzulage ist zu verdoppeln. Die Begründung liegt in den ständig steigenden Lebensmittelpreisen.«

Nach längerer Aussprache über die Zweckmäßigkeit der Form der geforderten Zulage wird die vorgelegte Entschliebung einstimmig angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung, »Übergangswirtschaft und Tarifierneuerung«, spricht Kollege Gaupp, Stuttgart. Er weist dabei auf den Umstand hin, daß die Umstellung unserer Kriegswirtschaft ganz naturgemäß bald eine starke Belebung der Reklame im Gefolge haben muß. Schon jetzt haben die im Kriege unfaßbare Reichtümer verdienenden Fabriken der Großindustrie alle Vorarbeiten getroffen, die neue Kampagne durch gewaltige Reklame einleiten zu können. Da wird sich wieder wie ehemals eine starke Hochkonjunktur in unserem Gewerbe zeigen. Wie bei der Wiederaufrichtung der ganzen deutschen Industrie, muß auch für unser Gewerbe die Beschränkung auf Qualitätsarbeiten nach Kräften angestrebt werden. Daran haben Prinzipale wie Gehilfen ein gleiches Interesse. Qualitätsarbeit aber könne niemals mit hungerigem Magen ausgeführt werden. Für gute Arbeit gehört auch ein guter Lohn. Aber dazu gehört auch eine ganz besondere Beachtung der Lehrlingsausbildung in unserem Gewerbe. Die Sünden der Kriegszeit müssen mit größter Beschleunigung wieder gut gemacht werden. Der Redner bespricht dann eingehend die Mittel, die wir besitzen, um die Unternehmer in der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz zu unterstützen. Da werden uns alte und neue Probleme der Gemeinschaftsarbeit mit den Prinzipalen noch recht eifrig beschäftigen. Unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert aber auch das Problem der Rückkehr unserer Kollegen aus dem Felde zu ihrem Beruf. Wenn auch nicht pedantisch, so doch im allgemeinen müsse es unsere Forderung sein: jeder Kollege wieder auf seinen Platz! Alle

diese und noch andere wichtige Fragen ließen sich bei einigermaßen guten Willen sehr wohl im Rahmen des Tarifes zu aller Zufriedenheit regeln; in einer beruflichen Gemeinschaftsarbeit, an der die Unternehmer mindestens so stark interessiert sind als die Gehilfen.

In der anschließenden Aussprache zeigte sich allseitiges Einverständnis über die einzuschlagenden Wege für die Übergangswirtschaft. Die zu diesem Punkte gestellten Anträge werden zur weiteren Beratung der Zentralkommission überwiesen. In einer späteren Konferenz, die sich bei Gelegenheit der Tarifierneuerung notwendig machen dürfte, sollen diese Anträge mit beraten werden. Der Wunsch, zu den Verhandlungen des Tarifamtes einen Vertreter aus Leipzig zuzuziehen, wird anerkannt, die Wahl des Kollegen aber dem Leipziger Vorstand überlassen. Das Amt des Gehilfenvorsitzenden im Tarifamt übernimmt wieder Kollege Hehr.

Zum Schluß der Tagung gab Kollege Gragen seine Freude darüber Ausdruck, daß die Konferenz in einem so kollegialen Geiste verlaufen konnte und daß es gelungen sei, für die fernere Arbeit gemeinsame Richtlinien aufzustellen.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftskampf. »Ein ernstes Wort in harter Zeit« nennt Genosse Adolf Braun seine neueste Schrift, die unter obenstehendem Titel in der Fränkischen Verlagsanstalt, Nürnberg, zum Preis von 30 Pfg. erschienen ist. Sie wendet sich gegen die drohende Gefahr der Zersplitterung der Gewerkschaften, indem sie die schweren Kämpfe und Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Kriege aufzeigt. Statt aller erklärenden Worte setzen wir den Schluß der kleinen Schrift her. Möchte doch die Schrift recht weitgehende Beachtung in der organisierten Arbeiterschaft finden.

»Der Krieg ist eine schwere und harte Zeit für alle Menschen, die im Kriege standen, er war und ist auch eine harte Zeit für alle, die dem Kriege nicht mit der Waffe dienen und doch erfüllt sind von Sehnsucht nach dem Frieden. Wir alle wollen den Frieden, aber wir dürfen uns doch nicht täuschen, daß auch der Friede eine bittere Zeit sein wird, daß die Wirkungen des Krieges in der Zeit des Friedens von jedermann, auch von unseren Kindern und Kindeskindern, vor allem von dem Nichtbesitzenden schwer empfunden werden. Dabei wollen wir schweigen von all den körperlichen Kriegswirkungen, die uns durch Jahrzehnte vor Augen stehen werden, dabei wollen wir nicht denken all der schweren Verluste an Verwandten und Freunden, an bestem Volksgut. Auch rein wirtschaftlich wird uns dieser Krieg im Frieden gar viel zu denken und zu sorgen geben. Freilich die großen Kapitalisten sind im Kriege zu höchster Macht gediehen, der Mittelstand ist aufs Tiefste erschüttert, die Gegensätze in der Gesellschaft werden durch den Krieg auf das Höchste gesteigert. Der gewaltigen Macht des Kapitalismus gegenüber wird das Proletariat stehen, auf seine eigene Kraft allein angewiesen. Die großen Kapitalisten werden in noch höherem Maße als vor dem Kriege eine geschlossene Macht bilden und desto fester zusammenstehen, je mehr es sich darum handeln wird, ihre Interessen gegen die Arbeiter zu vertreten. In festgefühten Kartellen, in engzusammengeschlossenen Syndikaten, in bis in die letzten Einzelheiten organisierte Monopole wird die kapitalistische Gesellschaft als eine geschlossene Einheit der Arbeiterklasse gegenüber treten. Dieser gewaltigen Machtsteigerung müssen sich die Arbeiter entgegenstellen, in einer Zeit höchster Schwierigkeiten, äußerster Not, in einer Zeit, die eine Fülle größter Aufgaben stellt.

Alles was gegen die Gewerkschaften, gegen ihre Leitung und gegen ihre Politik während des Krieges sprechen mag, schrumpft diesen Aufgaben gegenüber zur Kleinheit und Unbedeutlichkeit zusammen. Jeder Arbeiter für sich, die Arbeiterschaft

als Ganzes wie nach Berufen geordnet muß nach dem Kriege kräftige, ja unübertreffliche Organisationen haben, die den Kampf aufzunehmen vermögen gegen die konzentrierte Kraft des der höchsten Entwicklung entgegenstrebenden Kapitalismus. Diesem gilt der Kampf und nicht den Unstimmigkeiten in den Gewerkschaften. Es ist sicher leichter, den Kampf gegen diese oder jene Gewerkschaftsführer beginnen, und die Gewerkschaften in zwei Lager zu sprengen, den Bruderkampf zu hellen Flammen auch in den Gewerkschaften zu entfachen, jede Fähigkeit und alle Stärke der Arbeiterschaft zu verbrauchen in der Bekämpfung derer, die übereinstimmen mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften. Eine derartige Vergeudung der proletarischen Kraft würde sich bitter rächen. Mit ihr würden wir dem ohnedies übermächtigen Kapitalismus einen Freibrief geben, die Arbeiterfragen ganz nach seinem Gutdünken zu ordnen und zu bestimmen, weil die Widerstandskraft der Arbeiterschaft, weil ihr Wollen und Streben verbraucht wird in dem sich selbst verzehrenden Bruderkampfe.

Die erste Aufgabe für jeden Gewerkschaftler wie für jeden Politiker ist, seine entscheidenden Gegner zu erkennen und deren Stärke richtig einzuschätzen. Die Gewerkschaften können in einer Zeit, wo die größten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit drohen, nicht an ihre Organisationen die zerstörende Hand legen, sie müssen im Gegenteil alles daran setzen, die Gewerkschaften zu stärken, zu sichern durch tüchtige und nie ermüdende Organisationen die Lücken in ihren Reihen auszufüllen und die Gewerkschaften auszubauen zu einer Festung, gegen die die ganze Macht des Kapitals vergeblich anrennen würde.

Hier liegen die Aufgaben für jeden Gewerkschaftler heute und morgen. *Es heißt trotz alledem und alledem zusammenzustehen und der Übermacht des Kapitalismus eine einige und geschlossene Vertretung der Arbeiterinteressen entgegenzusetzen.*

Wer dem widerstreitet, wirkt für die Hinunterdrückung der Arbeiterklasse und für die Unüberwindlichkeit des Unternehmertums.

Das zu wollen, muß jedem Arbeiter ferne liegen!

Eingegangene Gelder.

Für das 3. Quartal 1917 wurden noch folgende Beiträge an die Hauptkasse eingesandt:

- Aachen 100,—, Altenburg 34,86, Aschaffenburg 60,—, Aschersleben 271,57, Augsburg 50,—, Barmen 93,35, Bautzen 160,40, Bonn 83,95, Brandenburg 2. Rate 450,—, Braunschweig 194,42, Bremen 100,—, Breslau 500,—, Bunzlau 15,—, Chemnitz 150,—, Coblenz 54,16, Köln 2. Rate 92,05, Coswig 45,—, Dessau 99,05, Dortmund 30,—, Dresden 2. Rate 1000,—, Düren 108,45, Düsseldorf 2. Rate 100,—, Elberfeld 150,—, Erfurt 300,—, Essen 150,—, Eßlingen 300,—, Forbach 117,—, Frankfurt a. M. I 200,—, Frankfurt a. M. II, 250,—, Geislingen 56,60, Gera 50,—, Glogau 118,37, Göppingen 80,—, Görlitz 2. Rate 75,—, Halberstadt 2. Rate 50,—, Hannover 2. Rate 300,—, Harburg 35,—, Heidelberg 20,—, Iserlohn 100,—, Kaiserslautern 32,33, Karlsruhe 220,—, Kattowitz 64,15, Kempen 44,19, Kiel 100,—, Kaufbeuren 300,—, Kirchnau 56,05, Leipzig 2. Rate 1000,—, Lüneburg 60,—, Mannheim 113,85, Metz 50,—, Mühlhausen i. Th. 30,—, München I, 1200,—, München II, 1500,—, Neurode 70,—, Nordhausen 60,—, Nürnberg I, 300,—, Nürnberg II, 150,—, Offenbach 200,—, Osnabrück 7,—, Posen 34,—, Potsdam 79,75, Regensburg 56,38, Reidenbach 100,—, Rheydt 180,—, Saalfeld 200,—, Schramberg 28,20, Schwerin 70,—, Stettin 307,36, Stolberg 64,62, Straßburg 100,—, Stuttgart I, 584,18, Stuttgart II, 2. Rate 200,—, Tilsit 35,—, Trier 160,—, Ulm 45,—, Weimar 50,—, Würzburg 100,—, Wurzen 60,—, Zittau 100,— und Zwickau 2. Rate 50,—.

Für das 4. Quartal 1917 gingen folgende Beiträge ein:

- Brandenburg 200,—, Cassel 200,—, Dresden 1000,—, Düsseldorf 200,—, Fürth 150,—, Halberstadt 50,—, Halle 100,—, Leipzig 2000,—, Magdeburg 200,—, Stuttgart II, 300,— und Zwickau 90,—. Berlin, den 1. Dezember 1917. *Wilh. Brall.*

Tüchtige
Farbätzer
(Fertigmacher)
sowie einige gute
Schwarz-Autoätzer
und
1 Andrucker
für Schwarz und Farben
in dauernde Stellung sofort oder
bald gesucht.
E. Schreiber,
Leipzig, Täubchenweg 26.

Tüchtige Autotypie-Ätzer
sotort gesuch. Angeb. mit Angabe der
Militärverhältn. und Gehaltsanspr. an
Brend'amour, Simhart & Co.,
Düsseldorf-Oberkassel.
Suche sofort
6-8 Formstecher
A. Vöckel,
Bad Schmiedeberg.

Verschiedenes
Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König,
Berlin SO, Naunynstraße 69.

Alois Senefelder
und die Erfindung
der Lithographie.
Festschrift von Fritz Hansen.
Verlag: **Conr. Müller, Schkeuditz.**
Preis 55 Pfg. (portofrei).
Bei 10 Stück ein Frelexemplar.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Ausleihe durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**
Der praktische Umdrucker.
Von Bernhard Enders, umfaßt das
Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis
inkl. Porto 85 Pfg.
Conrad Müller, Schkeuditz.
Verbandsnachrichten
Bitte um Angabe der genauen
Adresse des Kollegen
Lithograph Joh. Schück,
geboren in Breslau.
Nachrichten erbitte an
Otto Sillier, Berlin N. 24,
Elsasserstraße 86-88, III.